

Fragen der Bahnlärm-Initiative Bremen an die Kandidaten	CDU	FDP	LINKE	GRUENE	SPD	AfD
	Bettina Hornhues, Elisabeth Motschmann	Dr. Hauke Hilz	Doris Achelwilm	Kirsten Kppert-Gonther	Sarah Ryglewski	Franik Magnitz
<p><b>1. Unverzügliche Modernisierung des rollenden Materials</b> auf d. Schiene Bis heute bleibt umstritten und damit unklar, ob der o.a. Zeitplan eingehalten wird. Die Tatsache, dass der Deutsche Bundestag ein „Schienenlärmschutzgesetz“ (Drs. 18/11287) am 30.03.2017 verabschiedet hat, belegt, dass „ordnungsrechtliche Maßnahmen“ geboten bleiben.</p>		ja	ja	ja	ja	
<p><b>2. Lärm- und Erschütterungssanierung</b> von Schienenwegen in Wohngebieten, die mit Grenzwertüberschreitungen belastet sind, <b>systematisch durch- und fortführen</b>.</p>	Antwort in Prosa, ohne direkt auf die Wahlprüfsteine einzugehen.	ja	ja	ja	ja	
<p><b>3. Tempolimit für laute Güterwagen</b> einführen, um „Umrüstung“ zu beschleunigen. In jüngster Rechtsprechung erwogen, wenn bei Grenzwertüberschreitungen andere Abhilfe schwierig oder nicht möglich ist.</p>		nein	ja	ja	ja	keine Antwort
<p>4. Bei Grenzwertüberschreitung einen <b>Rechtsanspruch auf Lärmsanierung</b> einzuräumen (um die freiwillige Lärmsanierung des Bundes/der DB aktiver zu gestalten und besser auszuschöpfen).</p>	Im Prinzip unterstützt die CDU die Forderungen	nein	ja	ja	nein	
<p>5. Mehr <b>Mittel für Lärmvorsorge</b> / Lärmsanierung einzusetzen (aktuell ca. 150 Mio. €/Jahr deutschlandweit = 4,5 €/km beim Streckennetz von &gt; 33.400 km. Ungefähre Kosten für 1000 m Lärmschutzwand ca. 1,5 Mio. €).</p>		ja	ja	ja	ja	

**Bemerkungen:**

CDU: keine

FDP: keine

GRÜNE: Alle Forderungen Ihrer Initiative richten sich an den Bund..

SPD: Das Schienenlärmschutzgesetz, durch das die Schallemissionsgrenzen für Güterwagen stark reduziert wurden, ist ein wichtiges Etappenziel, um Anwohnerinnen und Anwohner zu schützen. Der Kampf gegen den Bahnlärm wird weitergehen.

LINKE: Als direkte Anwohnerin der Trasse Bremen-Bremerhaven unterstütze ich selbstverständlich die von Ihnen genannten Forderungen. DIE LINKE wird sich auch zukünftig für einen wirkungsvollen Lärmschutz und die Rechte der von Bahnlärm betroffenen einsetzen.

AfD: keine Antwort